

«Für künftige Generationen steinige Wege gehen»

Kallnach Der Kanton und der Regionalverband befürworten den geplanten Kiesabbau im Challnechwald. Dort gebe es «hervorragendes Kies», sagt Regierungsrat Christoph Neuhaus (SVP). Bei der Sorge um den Mehrverkehr zeichnet sich eine Lösung ab.

Peter Staub

«Wir brauchen Kies, um Strassen oder Brücken zu bauen, im Kanton rund vier Kubikmeter pro Person und Jahr», sagte der kantonale Planungsdirektor und Regierungsrat Christoph Neuhaus (SVP). Er sprach am Mittwochabend in der Mehrzweckhalle in Kallnach vor rund 150 Personen an einer Informationsveranstaltung zur geplanten Kiesgrube im Challnechwald.

Der Grundsatz «aus der Region für die Region» sei zwar unbestritten, dennoch heisse es immer wieder, «lieber nicht bei mir», wenn es darum gehe, einen konkreten Standort für den Kiesabbau zu finden. «Auch wenn der Kanton steinreich ist, müssen wir für künftige Generationen steinige Wege gehen», kalauerte Neuhaus.

Mit Kies Karriere begonnen

Obwohl es eine regionale Aufgabe sei, die Versorgung mit Kies sicherzustellen, sei der Kanton an einem langjährigen Abbau interessiert. Und im westlichen Seeland gebe es nur einen geeigneten Ort; den Challnechwald. Das sei ein «Premium-Standort» mit erstklassigem Kies. Er könne dies nicht nur in seiner Funktion als Regierungsrat beurteilen: «Immerhin habe ich vor 30 Jahren meine politische Karriere in der Kiesgruben-Kommission von Arch begonnen», sagte Neuhaus.

Den Kritikern des Projekts versicherte Neuhaus, dass die Verkehrszunahme insgesamt nur 1 Prozent des gesamten Verkehrsaufkommens ausmache und dass die Kantonsstrasse über genügend Kapazität verfüge, um diesen Zuwachs zu vertragen (siehe auch Zweittext).

Margot Mundwiler erklärte dem Publikum, warum der Regionalverband seeland.biel/bienne, wo sie die Konferenz Abbau, Deponie, Transport präsidentiert, das Projekt in Kallnach unterstützt. Der Challnechwald weise ein grosses und gut abbaubares Kiesvorkommen auf, sei gut erschlossen und vom Siedlungsgebiet her kaum wahr-

Der Kanton befürworte die Kiesgrube im Challnechwald, sagte Regierungsrat Christoph Neuhaus (rechts, SVP) zur Freude des Kallnacher Gemeindepräsidenten Werner Marti (links, SVP).
Matthias Käser



nehmbar. Zudem würde mit der Hurni AG ein regionales Unternehmen den Betrieb übernehmen.

Über die ökologischen Begleitmassnahmen referierte Christoph Iseli, Bereichsleiter Landschaftsökologie im Landschaftswerk Biel-Seeland. Er erwähnte insbesondere die zehn Hektaren gerodeter Fläche, die an Ort und Stelle wieder aufgeforstet wird. Für sechs Hektaren, die erst später wieder bewaldet werden, gebe es Ersatzmassnahmen wie die Aufwertung des Naturschutzgebietes Büeltigenweiher oder die Erweiterung des Aspiwäldchens.

Vorgeschichte und weitere Infos sind bielertagblatt.ch/challnechwald

Weiteres Vorgehen

- Zurzeit wird das Projekt Challnechwald nach der **kantonalen Vorprüfung** überarbeitet.
- Die **öffentliche Auflage** ist im **September 2016** vorgesehen. Danach werden Einspracheverhandlungen durchgeführt.
- Im **November 2016** soll die **Gemeindeversammlung** über den Kiesabbau entscheiden.
- Am Samstag, 21. Mai findet in der **Kiesgrube Mättehölzli in Walperswil** eine **Führung** statt, bei der Forst- und Umweltfachleute vor Ort über ökologische Ersatzmassnahmen und Aufforstung informieren werden. *pst*

Wachstum des Verkehrs soll begrenzt werden

Im Mitwirkungsverfahren zum geplanten Kiesabbau ist vor allem das zusätzliche Verkehrsaufkommen kritisiert worden. Die Planungskommission habe diese Kritik ernsthaft geprüft, sagte Martin Hostettler, Projektleiter und Sekretär der Kommission. Sie habe auch entsprechende Konsequenzen gezogen.

Um das tatsächliche Verkehrsaufkommen auf der Kantonsstrasse durch Kallnach zu erheben, liess die Kommission im August und November letzten Jahres Verkehrszählungen durchführen.

Diese hätten die Annahmen des Umweltverträglichkeitsberichts von knapp 6000 Fahrzeugen pro Tag bestätigt, sagte Hostettler. Der Anteil des Schwerverkehrs betrage wie angenommen rund 10 Prozent. Durch den Betrieb der Kiesgrube würde der Schwerverkehr um 10 bis 12 Prozent zunehmen. Damit nähme der Verkehr insgesamt um 1 Prozent zu.

Aufgrund dieser Zahlen und der kritischen Voten in der Mitwirkung beschloss die Planungskommission, den zusätzlichen Verkehr zu beschränken. Das soll gewähr-

leistet werden, indem der jährliche Abbau von Sand und Kies im Durchschnitt von fünf Jahren die Menge von 100 000 Kubikmeter nicht überschreiten darf.

Die im Mitwirkungsverfahren vorgeschlagenen Alternativen zum erachtete die Kommission als nicht praktikabel. Ein Förderband durchs Moos nach Finsterhennen sei keine Lösung, weil die BTI-Bahn nicht die Kapazität hätte, um den Kies nach Ipsach zu transportieren. Zudem müsste das Füllmaterial für die Grube trotzdem mit Camions angeliefert werden. *pst*

Grossaufmarsch, aber wenig Opposition

Aarberg Die Info-Veranstaltung zum «Post-Areal» hat viele Interessierte mobilisiert. Gerüchte wurden widerlegt und erklärt, weshalb bislang eine Visualisierung fehlt.

Die Migros will nach Aarberg. Hier sei ein weisser Fleck auf der Karte, sagte Anton Gäumann, Leiter Einkaufscenter und Immobilien der Genossenschaft Migros Aare. Deshalb hat diese das Post-Areal gegenüber dem Bahnhof gekauft (siehe BT von gestern).

An der Informations-Veranstaltung am Mittwoch war der Andrang jedoch so gross, dass man kurzfristig entschied, zweimal zu informieren. Wer eine Viertelstunde vor Beginn in die «Krone» kam, fand kaum noch Platz im altherwürdigen «Kronensaal». An der ersten Veranstaltung waren gegen 300 Personen im Saal, an der zweiten dann fast 70.

Herausforderung für Planer

«Wir begrüssen das Vorhaben der Migros sehr, dass mit dem vorgesehenen Bau auch die Situation

«Weshalb will man in Aarberg einen weiteren Supermarkt?»

Besucherin der Info-Veranstaltung

So geht es weiter

- Ende 2015 wurden drei Planungsteams beauftragt, Projektstudien zu erarbeiten für einen **Neubau**, in dem neben der Migros-Filiale ein Busbahnhof, die Post und Alterswohnungen realisiert werden sollen.
- Im **Herbst** wird das siegreiche Richtprojekt an einer **Informationsveranstaltung** vorgestellt.
- Dann startet die **Mitwirkung** zur neuen Zone mit Planungspflicht und der Überbauungsordnung.
- Im **Frühling 2017** soll an der Gemeindeversammlung darüber abgestimmt werden.
- Der **Baustart** ist **2018** geplant. *pst*

des Bushofes verbessert werden soll», sagte Peter Aeschbacher, Geschäftsführer der Autoverkehr Biel, Bereich Postauto. Er erwähnte aber auch, dass für die Postautos kaum mehr Platz vorhanden sein werde als bisher. «Es ist eine Herausforderung für die Planer, aber wir gehen davon aus, dass der Postautobetrieb kundenfreundlicher sein wird.»

Endlich geht etwas

Aus den Reihen der über 350 Interessierten war kaum Opposition zu spüren. Zu lange hat man in Aarberg auf eine Verbesserung der Postauto-Situation bei der Post gewartet. Eine der wenigen kritischen Stimmen kam aus den dicht gedrängten Reihen von einer Frau: «Weshalb will man in Aarberg einen weiteren Supermarkt, wenn wir schon Coop und Lidl haben?» Und sie fragte weiter: «Weshalb zwingt man alles an einen «Haufen?»»

Von den Verantwortlichen wurde zugesichert, dass der Grüngürtel ums Städtli beibehalten werde. Und sie bestätigten auch, dass das Mobiliargebäude nebenan nicht abgerissen werde. Dies sei ein Gerücht. Gerne hätte

man bereits an dieser ersten Informations-Veranstaltung Pläne und Skizzen gesehen.

«Ich hätte schon erwartet», so ein Votant aus der Mitte, «dass man einem 4.-Lehrjahrstift den Auftrag für eine Zeichnung gegeben hätte, damit man sich etwas vorstellen kann.» Genau das, konstatierte Gemeinderat Samuel Gauler (SP), wolle man nicht. Einerseits seien jetzt drei Planungsbüros daran, sich intensiv mit dem Bauvorhaben auseinanderzusetzen, andererseits wolle man ein qualitativ hochstehendes Projekt und nicht eine Zeichnung eines 4.-Lehrjahrstifts, an der sich künftig jeder orientiere.

Bevölkerung wirkt mit

Beruhigend für viele Anwesende war wohl auch die Tatsache, dass die Aarberger in mehreren Stufen mitwirken können. Im Herbst wird das siegreiche Richtprojekt vorgestellt. Danach beginnt die Mitwirkung und im Frühling 2017 kommt das Geschäft in die Gemeindeversammlung (siehe Info-Box). *Martin Rindlisbacher*

Frühere Artikel finden Sie auf bielertagblatt.ch/post-aarberg

Finanzierung der Moschee ist gesichert

Grenchen Im März kann der Bau der Moschee an der Maienstrasse beginnen.

Das Glaubenszentrum der albanisch-islamischen Glaubensgemeinschaft Grenchen (AIG) soll in zwei Jahren eröffnen. Nachdem Mitte Januar bekannt wurde, dass die AIG das Geld beisammen habe, traf am Mittwoch der Finanzierungsnachweis bei der Stadt ein. Das bestätigt der stellvertretende Stadtbaumeister Jürg Vifian. Es handle sich um ein «unwiderrufliches Zahlungsversprechen» einer Schweizer Bank. Damit stehe fest, dass die AIG nach vier Jahren Krampf und Kampf demnächst bauen könnte. Der Nachweis wird noch vom Rechtsdienst geprüft, Probleme sind laut Vifian nicht absehbar. Es sehe «gut aus». Nur kleinere Fragen sind noch zu klären, so etwa der leicht tiefere Finanzierungsbetrag als einst mit 2,6 Millionen Franken veranschlagt.

Gemäss AIG-Sprecher Isa Ismaili soll die Grenchener Generalunternehmerin Mimari GmbH Mitte bis Ende März mit dem Bauen beginnen. Spätester Termin ist der 15. April, wenn die Baubewilligung ausläuft (das BT berichtete). Zum tieferen Finanzierungsbetrag sagt Ismaili, dieser resultiere daraus, dass die Kosten für das Land inzwischen bezahlt seien. Minus diese 435 000 Franken bleibt ein Betrag von 2,025 Millionen für die Moschee. Zudem verfüge man über weitere Reserven von rund 300 000 Franken.

«Es handelt es sich um einen wahnsinnig wichtigen Schritt», sagt Sprecher Ismaili. «Es herrscht allgemein eine grosse Vorfreude.» Endlich gehe es weiter. Dies dank diversen Geldgebern, die allesamt aus der Schweiz stammten. Nun sollen die Ausführungspläne der Architekten detailliert nachgearbeitet werden. Auf der Parzelle beim «Otto» entsteht ein zweistöckiges Gebäude mit Kuppeln und Platz für rund 200 Gläubige. *fup*